

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Mittwoch, **06.02.2013**, 16:00 Uhr - 16:40 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Olaf Dreßen , Wolfhard Ediger , Werner Quante , Hans-Christoph Vogelberg ,
Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Elke Leiendecker , Thomas Marquardt , Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Gerhard Joksch , Heribert Klas , Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel

Sachkundige Einwohner/innen

Fritz Pfau

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Wolfgang Heuer , Dr. Thomas Jungkamp , Jochen Lücken , Martin Schulze-Werner , Michael Willamowski

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Jürgen Ohm , Friedhelm Schade

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|----|--|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0004/2013</u>
IV | 2. | Ad-hoc-Maßnahmeplanungen zur Sicherung des Rechtsanspruchs für u3-Kinder ab dem 01.08.2013 |
| <u>V/0975/2012</u>
I | 3. | Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel und im Stadtbezirk Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2013 |
| <u>V/0059/2013</u>
I | 4. | Entsperrung von Planstellen zum Stellenplan 2013 im Amt für Finanzen und Beteiligungen |
| | 5. | Verschiedenes |

Frau Wendland eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und fragte nach Anträgen zur Tagesordnung. Herr Pölling beantragte für seine Fraktion, die Vorlage zu TOP 2 der öffentlichen Sitzung ohne Beschlussfassung zu schieben. Auf Nachfrage von Herrn Sagel bestätigte Frau Wendland, dass eine inhaltliche Diskussion geführt werden könne. Lediglich die Beschlussfassung solle in den Rat geschoben werden. Damit erklärten sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Heuer erklärte, dass entsprechend der Ankündigung in der Konsolidierungsvorlage V/0702/2012 der Oberbürgermeister inzwischen die Fusion des Gesundheitsamtes mit dem Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt vorgenommen habe. Die Fusion sei zum 01.01.2013 erfolgt. Ziel der Verwaltung sei es, mittelfristig eine A-15-Stelle einzusparen. Durch die Zusammenlegung sollten auch in den zentralen Bereichen wie IT, Verwaltung etc. weitere Einsparungen erzielt werden. Herr Heuer teilte ebenso mit, dass darüber hinaus im Laufe dieses Jahres weitere Ämterfusionen – wie im Handlungsprogramm aufgeführt - umgesetzt würden.

Herr Klas legte ausdrücklich Protest gegen das Vorgehen der Verwaltung ein und zitierte aus der Vorlage V/0702/2012. Danach seien aus seiner Sicht die Fusionen lediglich Prüfaufträge für die Verwaltung. Die Verwaltung sei verpflichtet, vor der Umsetzung entsprechende Ratsbeschlüsse zu erwirken. Herr Heuer erklärte, dass das Vorgehen der Verwaltung eindeutig in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters falle. Der Rat werde über jede Maßnahme informiert. Nach intensiver und kontroverser Diskussion schlug Herr Heuer vor, soweit das zeitlich möglich sei zur anschließenden Ratssitzung bereits eine klärende Stellungnahme abzugeben, andernfalls werde zeitnah eine schriftliche Information an die Fraktionen erfolgen. Eine weitere Diskussion, z.B. im Ältestenrat, wäre dann ebenfalls möglich. Mit dieser Regelung erklärten sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

Im Anschluss daran stellte Herr Willamowski einen neuen Ausbildungsgang für Erzieherinnen und Erzieher vor. Die Verwaltung plane, im kommenden Jahr 10 Fachkräfte auszubilden. Herr Willamowski erläuterte das weitere Vorgehen und beantwortete Nachfragen aus dem Ausschuss zur allgemeinen Bedarfsdeckung im Erzieherinnenbereich. Frau Wendland bat darum, die schriftlichen Ausführungen zum geplanten Ausbildungsgang der Niederschrift beizufügen.

Herr Willamowski teilte des Weiteren mit, dass der Bericht zum Frauenförderplan grundsätzlich Ende 2012 / Anfang 2013 dem Rat hätte vorgelegt werden sollen. Er begründete, warum dies nicht realisiert werden konnte und stellte den Bericht für das 2. Halbjahr 2013 in Aussicht.

Herr Schulze-Werner bezog sich auf die folgende Empfehlung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (KIB) an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung (siehe Protokoll der Sitzung vom 29.11.2012): „Die Verwaltung wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass sich die Anzahl der Rollitaxifahrzeuge deutlich erhöht und zunächst mindestens zehn zusätzliche Taxikonzessionen für Rollitaxifahrzeuge an interessierte Unternehmen zu erteilen.“

Herr Schulze-Werner erklärte, dass die Maßnahme aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar sei. Die Anregung der KIB könne daher nicht aufgegriffen werden. Es wurde vereinbart, die ausführliche Begründung der Niederschrift beizufügen.

Punkt 2 der Tagesordnung V/0004/2013	Ad-hoc-Maßnahmeplanungen zur Sicherung des Rechtsanspruchs für u3-Kinder ab dem 01.08.2013
---	---

Frau Wendland erklärte als Einstieg in die Beratung, dass für den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung vorrangig die Ziffer 6 der Vorlage relevant sei, da es hier um die Personalausstattung zur Sicherung des Rechtsanspruchs für u3-Kinder gehe. Herr Sagel stellte Fragen zur perspektivischen Bedarfsdeckung im Erzieherinnenbereich sowie zur Versorgungsquote. Bezüglich der Bedarfsdeckung antwortete Herr Willamowski und stellte zur nächsten Sitzung konkrete Informationen in Aussicht. Frau Wendland erklärte, dass die fachlich-inhaltliche Frage zur Versorgungsquote Sache des Fachausschusses sei. Herr Lenski unterstrich die Aussage und berichtete hierzu aus der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

Nach kurzer Diskussion wurde die Vorlage einvernehmlich ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 3 der Tagesordnung V/0975/2012	Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel und im Stadtbezirk Münster-Hiltrup, Ortsteil Hiltrup, für das Kalenderjahr 2013
---	---

Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag zur Vorlage:

„Die Sachentscheidung wird wie folgt ergänzt:

1. Die als Anlage 1 und Anlage 2 beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnungen werden beschlossen.
2. **Mit Bezug auf den aktuellen Entwurf zum Ladenöffnungsgesetz des Landes NRW erklärt der Rat seine Bereitschaft, auf einen konkreten Antrag der Innenstadtkaufleute hin an einem Adventssonntag im Jahr im Stadtbezirk Münster Mitte, Altstadt**

/ Bahnhofsviertel, die Ladenöffnung in der Zeit von 13.00 Uhr – 18.00 Uhr zu genehmigen.

3. Der Hauptausschuss / Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Innenstadtkaufleute bei positiver Beschlussfassung über den vorliegenden Antrag ggfls. abweichend von den sonst einzuhaltenden Fristen den Antrag auf Genehmigung der Ladenöffnung an einem Adventssonntag rechtzeitig für die folgende Beratungskette im Februar / März stellen werden.
4. Der Rat erwartet, dass auch im Jahr 2013 die Genehmigung der Sonntags-Ladenöffnung nur für drei Sonntage in Anspruch genommen wird.“

Herr Lenski erklärte, dass der Antrag nur eingebracht werde. Herr Klas erhob Gegenrede. Nach kurzer Diskussion ließ Frau Wendland darüber abstimmen, ob über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt werden soll. Der Antrag, darüber abzustimmen, wurde mehrheitlich mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der CDU-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Sodann wurde der Antrag der FDP-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion und einer Enthaltung abgelehnt.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich mit den Stimmen der CDU-, der SPD- und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** und **Anlage 2** beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnungen werden beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0059/2013

Entsperrung von Planstellen zum Stellenplan 2013 im Amt für Finanzen und Beteiligungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung fasste einstimmig folgenden **Beschluss**:

I. Sachentscheidung:

Die zum Stellenplan 2013 im Amt für Finanzen und Beteiligungen für den Forderungseinzug SGB II neu eingerichteten und gesperrten 1,25 Planstellen werden bis zum 31.12.2014 entsperrt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Die dafür entstehenden Personalaufwendungen i.H.v. bis zu 59.590 €/Jahr sind im Haushaltsplan veranschlagt und werden über eine Dienstleistungsvereinbarung mit dem Jobcenter refinanziert.

Punkt 5 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Auf die Frage von Herrn Joksch, ob die Verwaltung den Bau eines Stadthauses 4 für erforderlich halte, teilte Herr Heuer mit, dass die Verwaltung aktuell in der Prüfung dieser Fragestellung sei.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Simone Wendland
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung